Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Wien: M. Dekker, I., Wollzeile No. 5.—; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., G. Jaeger, Schillerplatz 7. — Leipzig: Alleinige Annahme bei der Compagnie gemeinnütziger Zeitungen, Johs. P. Jonas & Co. in Paris, 31 rue du Faubourg Montmartre. — Wilh. Schöller. — Breslau: S. Schlesinger. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., G. Jaeger. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Keetbar, Adolf Steiner, William Wilhens. — Köln: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — München: C. Mayrwald. — Zürich: Orell Füssli & Co., Stirich.

Nr. 194. [31. Jahrgang.] Berlin, Dienstag den 26. April 1892. Abends. **[31. Jahrgang.] Nr. 194.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Expeditionen und die Expedition dieser Zeitung Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. sowie die Post-Expeditionen 8 Mark inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an dieser Berlin 40, 57W. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitig Honorar-Anspruche erbeten. Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.

Für die Monate **Mai** und **Juni** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von ℳ 5. Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten**, in Potsdam bei **A. H. Pusch**, Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg."**, Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 26. April.

Mit dem evangelisch-sozialen Kongresse glaubt das offizielle Organ des sozialdemokratischen Parteivorstandes ziemlich kurz abfahren zu dürfen. Es erhebt gegen denselben den Vorwurf der Halbheit, den es in den Worten gipfeln läßt:

„Die Bourgeoisie, die Proletariat! das ist das Paßwort. Die Halbheit, mag sie Gebete lispeln oder Kompromisse schließen, geht an sich selbst zu Grunde."

Die neuerliche Entwickelung der Sozialdemokratie selbst scheint wenig geeignet, ihr die Berechtigung zu ertheilen, gegen Andere mit dem Vorwurfe der Halbheit zu operiren. Zwar mag sie ja gewiß sich darüber erhaben fühlen, Gebete zu lispeln, — aber Kompromisse mit sich selbst zu schließen hat auch sie nicht verneiden können; kann doch der ganze Verlauf des Erfurter Parteitages als ein Kompromiß gelten, das die führenden Männer der Sozialdemokratie unter sich schlossen, damit nicht gleichzeitig mit der Sezession der „Jungen" nach links eine solche nach rechts sich abzweige, der das Auftreten des Herrn v. Vollmar den Weg zeigen zu wollen schien.

Aber auch nicht einmal die Scheidung: Hie Proletariat, hie Bourgeoisie, hat die Sozialdemokratie rein erhalten. Gerade das in Erfurt beschlossene neue Programm der Partei hat diese Scheidungslinie verwischt, und das ist doch sicherlich nicht geschehen, ohne daß damit bestimmte Zwecke verfolgt würden. Die Marx'sche Sozialdemokratie ist als die reine Vertretung der Interessen des internationalen Proletariats gedacht, und dem entsprach es, wenn sich das frühere, in Erfurt beseitigte Parteiprogramm ausschließlich an die Arbeiterklasse wandte, wenn nur aus dieser der Partei des sozialrevolutionairen Umsturzes Anhänger gewonnen werden sollten. Anders aber das neue, Erfurter Programm der Partei. Dieses wendet sich gerade in seinem theoretischen Theile nicht mehr ausschließlich an die eigentlichen Arbeiter, sondern gleichzeitig an die „versinkenden Mittelschichten", als welche einestheils die Kleinbürger, also Kleinhändler und Handwerker, anderntheils die Bauern ausdrücklich aufgeführt werden. Diese angeblich „versinkenden Schichten" will also die Sozialdemokratie ihrem Heerbanne angliedern, und eben dadurch unterscheidet sie sich von den von ihr nach links abgerückten „Jungen". Letztere erklären offen, den Untergang dieser Elemente beschleunigen zu wollen, sei eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zwischen ihnen und der offiziellen Sozialdemokratie, welche sich anheischig mache, deren Interessen wahrzunehmen.

Soll nun aber für die Arbeiterklasse nach dem Erfurter Programm die einzige Rettung in der Vergesellschaftlichung des Eigenthums an Produktivmitteln liegen, so liegt doch für die Kleinbürger deren Rettung in offenbar entgegengesetzter Richtung; diese streben nach Sicherung ihres bescheidenen Eigenthums nach unten und nach oben, sie wollen daßselbe ebenso wenig in einen kommunistischen Urbrei werfen, als seitens des Großkapitals auffangen lassen.

Wendet sich aber das neue sozialdemokratische Programm gleichzeitig an das Proletariat und das Kleinbürgerthum, so sucht es ein Kompromiß zu erzielen, diesen Halbheit zugenfällig ist, die von Marx schroff gezogene Scheidelinie zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft wird verwischt, weil man sich mit der Hoffnung trägt, aus dem Kleinbürgerthum Wahlrekruten heranziehen zu können. Daß man damit andeutet, auf weitere erhebliche Verstärkungen aus den Reihen der eigentlichen Arbeiter kaum noch rechnen zu können, liegt sehr nahe, denn sicherlich hätte man sozialdemokratischerseits Anstand genommen, sich auf einen derartigen Kompromiß, und obenein im prinzipiellen Theile des Parteiprogramms, einzulassen, falls nicht wahltaktische Gründe zu demselben hingedrängt hätten.

So sehr sich aber auch die sozialdemokratischen Parteiorgane bemühen mögen, in Worten die „Stärke" der Partei zu preisen: dem aufmerksameren Beobachter entgeht es doch nicht, daß auf jener Seite die Periode der prinzipiellen Geschlossenheit ihrem Ende zuneigt, und so leicht es sein mag, den gläubigen Kreis durch den Hinweis auf die Halbheiten Anderer noch einige Zeit zu täuschen: schließlich wird doch offenbar werden müssen, daß solche sich nicht nur bei Anderen, sondern auch bei der „prinzipienfesten" Sozialdemokratie finden.

In der heutigen (50.) Plenarsitzung nahm das **Abgeordnetenhaus** nach den Osterferien seine Verhandlungen wieder auf. Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Bahnen unterer Ordnung. Die Berathung wurde von dem Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen eingeleitet. Der selbe konnte sich im Allgemeinen auf die dem Entwurfe beigegebenen Motive, sowie die Verhandlungen des anderen Hauses beziehen. Er betonte, daß der Entwurf im Lande und namentlich auch in der Presse im Allgemeinen eine wohlwollende Aufnahme gefunden habe, demnach es dem Herrn Finanzminister und ihm selbst gelungen sei, die bestandenen Befürchtungen zurückzuweisen, daß der Staat sich mit dieser Vorlage seiner Pflicht des Ausbaues der Nebenbahnen entziehen wolle, und daß andererseits der Staat den Bau der Sekundairbahnen ausschließlich für sich in Anspruch nehmen wolle. Der Entwurf entspreche weitestes einem wirklichen Bedürfniß, denn daß Preußen auf diesem Gebiete sowohl absolut, wie auch im Verhältniß zu anderen Staaten bisher zurückgeblieben sei, könne nicht bezweifelt werden. Wenn übrigens bei einem Gesetze es mehr auf die Handhabung als den Buchstaben desselben ankomme, so sei es das vorliegende. Die Staatseisenbahnverwaltung sei jedenfalls bereit, bei Entstehung und Bau dieser Bahnen es ihrerseits an Rath und That nicht fehlen zu lassen. Abg. von Herde meint, daß der Entwurf, der allerdings in weiten Kreisen des Landes günstig aufgenommen sei, doch nur dann werde segensreich wirken können, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt seien. Der Entwurf sei auf Pferdebahnen und speziell landwirthschaftliche Bahnen, die einen Anschluß an Vollbahnen bieten sollen, besonders zugeschnitten, nicht aber auf lokale Bahnen mit Lokomotivbetrieb für Personen- und Güterverkehr, die im lokalen Interesse oft sehr wichtig seien. Eine klare Definition des Begriffs „Tertiairbahnen" fehle bisher noch. Besonders bedenklich hält er die Bestimmung, wonach alle Kleinbahnverwaltungen, also auch die der Pferdebahnen, verpflichtet sein sollen, Militairtransporte anzufellen. Bedenken errege auch die Art der Konzessionirung. Die Aenderungen des Herrenhauses seien meist als Verbesserungen anzuerkennen. Es seien viele Einzelfragen der Vorlage gründlicher Erörterung zu unterwerfen, und deshalb beantrage er die Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Abg. v. Bismarck betont, daß das Gesetz im Allgemeinen das Richtige treffe und daß es auch zur rechten Zeit komme. Durch den Bau zahlreicher Sekundairbahnen ist das Bedürfniß einer engeren Verbindung derselben durch Bahnen unterster Ordnung wachgerufen. Er sei auch der Ansicht, daß das Privatkapital der Kommunen in diesen Bahnen eine eventuelle Anlage finden würde. Bedenken im Einzelnen würde die konservative Partei, die dem Gesetzentwurfe im Ganzen sympathisch gegenüberstehe, in der Kommission vorbringen, die er aus 21 Mitgliedern zusammengesetzen für ausreichend hielt. Abg. Rickert spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Regierung nach der Erklärung des Herrn Finanzministers jetzt zu Grundsätzen zurückkehre, welche die Freisinnigen seit 15 Jahren leider tauben Ohren gepredigt hätten. Die Vorlage habe eine so eminent große wirthschaftliche Bedeutung, daß der Indifferentismus unbegreiflich erscheine, mit welchem dieselbe von der Bevölkerung aufgenommen worden. Schon vor Jahren habe er darauf hingewiesen, daß man die Kreisbudgets mit theuren Chausseebauten belastete, die besser und billiger durch Kleinbahnen ersetzt wären. Die Werkstattsklage der Eisenbahnen und die landwirthschaftlichen Zölle hätten die Landwirthschaft selber zu sehr in Anspruch genommen, und so seien anderthalb Jahrzehnte für die Entwickelung des Lokalbahnverkehrs verloren gegangen. Daß das Gesetz in der vorliegenden Form den erhofften Erfolg haben werde, sei allerdings zu bezweifeln. Die von der Werkstattklage der Eisenbahnen für die Entwickelung des Verkehrs erwarteten Erfolge seien nicht erreicht. Vielleicht werde nun der Versuch gemacht werden müssen, das Privatkapital für diese Verkehrszweige flüssig zu machen. Dazu sei aber vor Allem erforderlich, daß bei der Konzessionirung das weiteste Entgegenkommen bewiesen werde. Die Pferdebahnen müßten von diesen Gesetze nothwendig ausgeschlossen werden, da diese Bahnen unter die Gewerbeordnung gehörten. Nothwendig sei Definition des Begriffs „Tertiairbahnen" im Gesetz, und nicht blos durch Instruktion. Im Uebrigen tritt er eine Reihe von bureaukratischen Einzelbestimmungen in dem Gesetze, mit welchen derselbe nicht marschiren könne. Regierungskommissar Geh. Ober-Regierungsrath Frhr. v. Zedlitz-Neukirch wies nach, wie die Regierung bereit der Vorlage mit der Reichsgesetzgebung, speziell mit der Gewerbeordnung aufs Sorgfältigste erwogen sei. Abg. v. Tiedemann (Bomst) betont dem Abg. Rickert gegenüber, daß die Vorlage keineswegs